



Dass solche Situationen zu vermeiden sind, ist unbestritten, die Frage ist nur, auf welchem Weg: Stau in Zürich. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

## «Milchkuh» ohne Gesellschaft

Kein Gegenvorschlag zur Initiative der Strassenverkehrsverbände

Der Bundesrat will nicht alle Einnahmen aus der Mineralölsteuer der Strasse zugutekommen lassen, und er mag dieser Idee keinen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Ein indirektes Entgegenkommen hat er schon früher skizziert.

Paul Schneeberger

Die Landesregierung will die von Auto-Schweiz, der Vereinigung Schweizer Automobil- und Nutzfahrzeug-Importeure, lancierte und von allen Strassenverkehrsverbänden mitgetragene «Milchkuh-Initiative» nicht mit einem anderen Modell zur künftigen Finanzierung der Nationalstrassen und des Agglomerationsverkehrs koppeln. Sie hat am Mittwoch beschlossen, dem Parlament noch vor der kommenden Wintersession eine Botschaft vorzulegen, in der sie die Ablehnung dieses Begehrens ohne Gegenvorschlag vorseht. Dieses postuliert, künftig nicht nur die Hälfte der Einnahmen aus der Mineralölsteuer (vgl. Tabelle) direkt in Verkehrsinfrastrukturen zu investieren, sondern die gesamten daraus resultierenden rund 3 Milliarden Franken pro Jahr.

### Strasse sieht Konfrontation

Der Bundesrat schreibt, der radikale Ansatz der Initiative, der Mindereinnahmen für die allgemeine Bundeskasse von rund 1,5 Milliarden Franken zur Folge hätte, taue nicht «als Grundlage für eine konstruktive politische Diskussion zur Lösung der Finanzierungsfragen des Strassenverkehrs». Dies, weil er in deutlichem Widerspruch zur Finanz-, Verkehrs- und Umweltpolitik von Landesregierung und Parlament stehe. Hinzu komme, dass durch den von der Initiative angestrebten Mittelfluss die koordinierte Verkehrspolitik geschwächt und von der Zielsetzung einer stärkeren Belastung aller Verkehrsteilnehmer abgewichen würde; tatsächlich würde die vom Bundesrat angedachte Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um 12 bis 15 Rappen obsolet. Aufgrund all dieser Überlegungen, so der Bundesrat, sei der «Milchkuh-Initiative» auch kein Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Entsprechend düpiert reagieren die Strassenverkehrsverbände, die sich eines unmittelbaren Druckmittels in Bezug auf die Ausgestaltung des andiskutierten Fonds zur Finanzierung der Nationalstrassen und des Agglomerationsverkehrs (NAF; vgl. Kasten) beraubt

sehen, zu dessen Alimentierung der Treibstoff verteuert werden soll. Sie hatten dasselbe Vorgehen angestrebt, das im öffentlichen Verkehr nach der Einreichung der Initiative für den öV zum Tragen gekommen war, die der VCS und Mitstreiter eingereicht hatten. Sie hatte postuliert, die dem Verkehr zugeachte Hälfte der Mineralölsteuer je hälftig beiden Verkehrsträgern zukommen zu lassen, was zu einer massiven Steigerung der Querfinanzierung von der Strasse zur Schiene geführt hätte.

In diesem Fall hatte der Bundesrat den Fonds zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (Fabi) als Gegenvorschlag formuliert. Die Initiative wurde in der Folge zurückgezogen, und dem Fabi-Konzept, das im Wesentlichen die bestehenden Querfinanzierungen von der Strasse zur Schiene auf Dauer bestätigt und der Bahn zusätzliche Steuermittel zuleitet, war an der Urne Erfolg beschieden.

### Wirksam als Druckmittel

Der Autogewerbeverband beispielsweise kritisiert, der Bundesrat habe sich «gegen den Kompromiss und für die Konfrontation» ausgesprochen. Es sei nun wie im Falle der Abstimmung über die Verteuerung der Autobahnvignette am Souverän, mit einem Ja zur «Milchkuh-Initiative» zusätzliche Belastungen für die Automobilisten abzuwehren. Auch wenn der Bundesrat den NAF nicht als direkten Gegenvorschlag zur «Milchkuh-Initiative» ausgestaltet mag: Das Volksbegehren blieb bei dessen Konzeption nicht ohne Wirkung. So würden gemäss den bisher kommunizierten Plänen die rund 400 Millionen Franken aus der Autoimportsteuer nicht mehr in die allgemeine Bundeskasse geleitet, sondern direkt in den neuen Strassenfonds.

Hält die Landesregierung an diesem Ansatz fest, wäre das politisch offensiv

als Entgegenkommen an die Automobilisten und insbesondere an ihr Gewerbe zu vermarkten. Man darf gespannt sein, wie sich die weitere Diskussion um den NAF gestalten wird. Ein möglicher weiterer indirekter Kompromiss im Hinblick auf die «Milchkuh-Initiative» könnte auch darin bestehen, 60 statt wie derzeit 50 Prozent der Einnahmen aus der Mineralölsteuer dem Verkehr zukommen zu lassen, so wie das während der Hochzeit des Neubaus von Nationalstrassen der Fall war.

Die absehbare Verschärfung der Debatte um die Finanzierung der Nationalstrassen und des Agglomerationsverkehrs sowie – wenn es nach dem Willen einschlägiger Lobbyisten geht – allenfalls auch von Strassen im Berggebiet wird sich zu einem Gutteil darum drehen, ob beim Strassenverkehr nur direkte oder auch die beträchtlichen externen Kosten in die Waagschale zu werfen sind. Geschuldet wird diese Auseinandersetzung aber vor allem der byzantinischen Konstruktion der schweizerischen Verkehrsfinanzierung mit ihrer Unmenge von Finanzflüssen sein.

### DIE KONSTRUKTION DES NAF

P. S. · Der vom Bundesrat lancierte Fonds für den Agglomerationsverkehr und Nationalstrassen (NAF) resultiert aus der Forderung der Strassenverkehrsverbände, nicht nur seitens der Schiene, sondern auch der Strasse verbindliche Summen für Investitionen in Unterhalt und Neubau zu definieren. Gemäss Vorschlag würde das Finanzierungsvehikel aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (Einnahmen aus 50 Prozent der Mineralölsteuer, aus dem um 12 bis 15 Rappen zu verteuern den Mineralölsteuerzuschlag und der Autobahnvignette) alimentiert sowie aus der Auto-Importsteuer und später auch einer Elektrofahrzeug-Abgabe.

### Abgaben im Strassenverkehr

Spezifische fiskalische Einnahmen des Bundes aus dem Strassenverkehr und ihre Verwendung Gemäss Bestimmungen in Verfassung und Gesetzen, in Millionen Franken, 2012

	Einnahmen	Verwendung Strassenkasse	Sonstige
Mineralölsteuer	3041,1	1520,55	1520,55 in die allgemeine Bundeskasse
Mineralölsteuerzuschlag	1979,1	1979,1	
Autobahnvignette	352,1	352,1	
Schwerverkehrsabgabe	1529,3		1529,3 für externe Kosten, 2/3 an Bund, 1/3 Kantone
Automobilsteuer	452,8		452,8 in die allgemeine Bundeskasse
Total	7354,4	3851,75	3502,65

Die Mehrwertsteuer-Einnahmen aus dem Handel mit Treibstoff und Fahrzeugen sind in der Übersicht nicht berücksichtigt, da es sich um eine allgemeine Steuer handelt, die nicht nur den Strassenverkehr betrifft.

QUELLE: ASTRA, STRASSE SCHWEIZ, BUNDESVERFASSUNG

NZZ-INFOGRAFIK/eff.

## Fahndung mit EU-Hilfe

Bundesrat will System zur Verbrechensbekämpfung beitreten

Der Prümer Vertrag regelt den Austausch von DNA-Profilen, Fingerabdrücken und Daten von Autobesitzern. Bis heute sind elf europäische Staaten beteiligt. Künftig sollen auch Schweizer Ermittler profitieren.

hhs. · An der Grenze keinen Pass mehr zeigen zu müssen, ist für die Bürger Europas angenehm. Doch gleichzeitig erschweren die offenen Grenzen auch Massnahmen gegen Kriminaltouristen. Zehn EU-Mitgliedstaaten und Norwegen haben sich deshalb im Prümer System zusammengeschlossen. Der Vertrag, welcher im westdeutschen Städtchen Prüm unterzeichnet wurde, regelt den Austausch von Daten zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus. Die Mitgliedstaaten erhalten direkten Zugriff auf Datenbanken der Partnerländer. Dort sind DNA-Analysen, elektronisch gespeicherte Fingerabdrücke und Angaben zu allen registrierten Fahrzeugen und ihren Besitzern abgelegt. Die Informationen sind umfassender als beim Informationssystem des Schengenraums. Der Bundesrat will, dass künftig auch die Schweizer Ermittler auf diese Daten zurückgreifen können. Er hat deshalb am Mittwoch die Konsultation zu einem Mandatsentwurf eröffnet. Bis Ende Jahr können die Kantone und die Aussenpolitischen Kommissionen Stellung beziehen.

### Kantone begrüssen Schritt

Bei der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) rennt der Bundesrat mit seinem Entwurf offene Türen ein. «Wir begrüssen, dass es vorwärtsgeht», sagt Florian Dübli, stellvertretender Generalsekretär der KKJPD. Die Schweiz laufe

sonst Gefahr, beim Informationsaustausch zur Verbrechensbekämpfung abseits zu stehen.

Der Prümer Vertrag ist – im Gegensatz zu den Schengener Abkommen – nicht Teil des EU-Rechts. Es stellt sich deshalb die Frage, inwiefern das Andocken der Schweiz mit einer Neuausrichtung des bilateralen Weges zusammenhängt. Nach dem Ja zur Zuwanderungsinitiative hatten einzelne Medien spekuliert, die EU könnte als Strafmassnahme auch den Beitritt zum Prümer System blockieren. Das Aussendepartement dementiert einen solchen Zusammenhang: Der Bundesrat beabsichtigt, die Verhandlungen zu Prüm unabhängig von der Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung zu führen. Die Beteiligung an Prüm solle «zur besseren Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität beitragen» und habe keinen Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsdossier.

### Begehrte Schweizer Daten

Olivier Wuilloud vom Bundesamt für Polizei sieht keinen Grund, wieso die EU den Beitritt der Schweiz zum Prümer System verschleppen sollte. «Sie hat ein grosses Interesse an der Teilnahme der Schweiz, damit eine Lücke im europäischen Sicherheitsverbund geschlossen wird.» Zudem seien die Schweizer Daten bekannt für ihre hohe Qualität – und damit begehrt bei den Ermittlern in den Nachbarländern.

Skeptisch zeigt sich Balthasar Glättli, der Fraktionschef der Grünen. Er argwöhnt, dass es beim Prüm-System weniger darum gehe, Verbrecher zu jagen, sondern vielmehr darum, illegale Immigranten aufzuspüren. SP-Nationalrat Carlo Sommaruga, Präsident der Aussenpolitischen Kommission, pocht darauf, dass der Datenschutz nach Schweizer Standard garantiert ist. Laut Bundesrats-Communiqué sei dies der Fall.

## BUNDES RAT

### 148 Mio. für globalen Umweltschutz

(sda) · Mit knapp 148 Millionen Franken will der Bundesrat in den Jahren 2015 bis 2018 den weltweiten Umweltschutz unterstützen, vor allem in Entwicklungsländern und in Staaten des ehemaligen Ostblocks. Das Parlament soll bis Mitte 2015 über den Kredit befinden. Der grösste Teil aus dem Rahmenkredit von knapp 148 Millionen Franken geht an den Globalen Umweltfonds (Global Environment Facility, GEF). Die internationale Gemeinschaft will die Mittel des GEF für die Jahre 2015 bis 2018 um 230 Millionen auf 4,43 Milliarden US-Dollar erhöhen.

### Versorgungseingässe vermeiden

(sda) · Der Bund soll bei Mangellagen rascher und flexibler eingreifen können. Die wirtschaftliche Landesversorgung soll bereits reagieren, wenn sich ein schwerwiegender Versorgungseingpass anbahnt. Heute muss abgewartet werden, bis ein solcher vorliegt. Dazu hat der Bundesrat die Totalrevision des Landesversorgungsgesetzes an das Parlament überwiesen. Dieses ist heute immer noch stark auf die Sicherheitslogik des Kalten Krieges ausgerichtet. Mit der Gesetzesänderung will der Bundesrat auf die im Zuge der Globalisierung veränderten Produktions- und Lieferabläufe reagieren.

### Polizeizusammenarbeit mit Kosovo

(sda) · Die Schweiz und Kosovo verstärken ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Der Bundesrat legt ein entsprechendes Abkommen dem Parlament vor. Es erlaubt es den beiden Ländern, Informationen zu verdächtigen Personen auszutauschen, gemeinsame Gefahrenanalysen durchzuführen oder gemischte Ermittlungsgruppen zu bilden. Es definiert einheitliche Verfahrensregeln und enthält grundlegende Datenschutzbestimmungen. Zudem ergänzt und erleichtert es die Aufgaben des seit 2008 in Kosovo tätigen Polizeiatnachés.

### Förderung von Krippenplätzen

(sda) · Der Bundesrat stellt sich hinter die Idee, die Schaffung von Krippenplätzen für weitere vier Jahre zu unterstützen. Der Beitrag des Bundes dürfe aber nicht höher als die geplanten 120 Millionen Franken sein. Vorgesehen ist, die 2015 auslaufende Anstossfinanzierung für die externe Kinderbetreuung bis 2019 zu verlängern. Dafür soll der Bund 120 Millionen Franken bereitstellen. Es wäre die zweite Verlängerung des 2003 gestarteten Impulsprogramms. Dank diesem konnten inzwischen über 43 000 neue Plätze für die Kinderbetreuung geschaffen werden, die auch nach dem Wegfall der Finanzierung weiter bestehen. Vielerorts reichten die Bestrebungen von Kantonen, Gemeinden und der privaten Trägerschaften, die mit dem Impulsprogramm unterstützt worden seien, immer noch nicht, um die Nachfrage zu decken, schreibt der Bundesrat. Er unterstützt daher die Verlängerung des Programms, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

### Derivatehandel strenger regulieren

(sda) · Das Parlament kann über neue Regeln für den Handel mit Derivaten befinden. Der Bundesrat hat am Mittwoch die Botschaft zum neuen Finanzmarktinfrastrukturgesetz verabschiedet. Die Bestimmungen sollen an die internationalen Standards angepasst werden. Die strengere Regulierung des Derivatehandels ist eine Folge der Finanzkrise. Diese hat gezeigt, dass Regulierungsmängel die Stabilität des Finanzsystems gefährden können. Mit dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz würden die Stabilität und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz nachhaltig gestärkt, schreibt das Finanzdepartement in einer Mitteilung. Da Derivate hauptsächlich grenzüberschreitend gehandelt werden, orientiert sich der Bundesrat an den Regelungen, welche die EU eingeführt hat oder einführen will.